Bundesrat **Drucksache 676/26**
19.11.26

EU

Unterrichtung
durch die Europäische Kommission

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Arbeitsprogramm der Kommission für 2027 - Die Europäische Union - füreinander einstehen
COM(2026) 710 final

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0720-2946

Der Bundesrat wird über die Vorlage gemäß § 2 EUZBLG auch durch die Bundesregierung unterrichtet.

Hinweis: Drucksache 617/25 = AE-Nr. 251086

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 4.11.2026
COM(2026) 710 final

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN

Arbeitsprogramm der Kommission für 2027

Die Europäische Union - füreinander einstehen

Arbeitsprogramm der Kommission für 2027

Die Europäische Union – füreinander einstehen

Wir werden ständig an die akuten Herausforderungen erinnert, mit denen sich unsere Union heute konfrontiert sieht. Ein territorialer Angriffskrieg wütet weiter auf unserem Kontinent. Ein Ringen um industrielle Kapazitäten prägt den globalen Wettbewerb. In ihrem Alltag fühlen sich die Menschen weiterhin von hohen Lebenshaltungskosten belastet. Mit einem Kampf der Narrative wird versucht, unsere Demokratien zu lähmen. Wir wurden Zeugen von russischen Angriffen auf EU-Gebiet, steigenden Energiepreisen, extremen Dürren und Waldbränden sowie schurkischen KI-Agenten, die autonom andere Systeme gehackt haben. Die Welt um uns herum wandelt sich permanent – und die **EU muss fähig bleiben, ihren eigenen Weg zu machen**.

Die EU hat sich entschieden, sich neu zu definieren, um stärker und unabhängiger zu werden. Sie unternimmt nie da gewesene Anstrengungen, um unseren Wohlstand zu erhalten: durch die Vollendung des Binnenmarktes, die Vereinfachung von Vorschriften, die stärkere Integration von Erweiterungsländern, durch die Vergrößerung unseres Netzes von Handelspartnerschaften und die Modernisierung unserer industriellen Basis – während zugleich unser einzigartiges Sozialmodell und der Zusammenhalt aufrechterhalten werden. Wir verstärken die Verteidigungsfähigkeit weiter, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen, und treten füreinander ein, von der Unterstützung der Ukraine bis hin zur Bekämpfung von Drohnenangriffen, hybriden Angriffen oder Desinformation sowie von Waldbränden und anderen Folgen des Klimawandels.

Um dies zu erreichen, müssen wir in der zweiten Hälfte des Mandats weitere ehrgeizige Maßnahmen **vorlegen, um- und durchsetzen**. Wir müssen für unsere Werte kämpfen und die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit verteidigen. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit Europas noch stärker voranbringen und unsere Rechtsvorschriften weiter vereinfachen. Nach zwei Jahren im laufenden Mandat hat die Kommission wichtige Vorschläge zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit präsentiert, darunter zwölf ehrgeizige Omnibus-Pakete und andere Vereinfachungsmaßnahmen. Zusammen könnten diese Initiativen nach vollständiger Umsetzung jährlich 22,3 Mrd. EUR an wiederkehrenden Verwaltungskosten einsparen.

Wir werden bei unseren Klimazielen auf Kurs bleiben, wobei Klimaschutz und -anpassung sich neben einem neuen Rahmen für Klimaresilienz sowie für die Sicherstellung von Wasserresilienz und gesunder Natur gegenseitig verstärken werden. Wir werden unsere eigenen Verteidigungsfähigkeiten verbessern und gleichzeitig die Ukraine in ihrem möglicherweise bislang härtesten Winter unterstützen. Wir werden die Digitalpolitik zukunftssicher machen und Kinder vor Online-Gefahren schützen. Da diese entscheidenden Herausforderungen nicht allein bewältigt werden können, werden wir auch künftig neue Bündnisse mit vertrauenswürdigen Partnern aufbauen, die durch einen langfristigen, zukunftsfähigen Haushalt unterstützt werden.

In diesem Arbeitsprogramm wird dargelegt, wie die Kommission **diese Prioritäten umsetzen** wird, wobei der Schwerpunkt auf einer begrenzten Zahl von Schlüsselinitiativen liegt, die die

Handlungsfähigkeit der EU in einer sich rasch wandelnden Welt stärken. Neue Initiativen werden durch den überarbeiteten Rahmen der Kommission für eine bessere Rechtsetzung untermauert, mit dem die Gestaltung der EU-Rechtsvorschriften modernisiert und sichergestellt wird, dass sie klar, flexibel und zweckmäßig sind. Die Bürgerinnen und Bürger werden weiterhin zur politischen Debatte über verschiedene Politikbereiche beitragen, unter anderem durch die Beteiligung an europäischen Bürgerinitiativen.

Der Schwerpunkt muss nun auch auf der **raschen Umsetzung** der wichtigsten Vorschläge liegen, die bereits auf dem Tisch liegen. Wir ersuchen die beiden gesetzgebenden Organe, rasch eine Einigung über die Dossiers der Gemeinsamen Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten und des Fahrplans „Ein Europa, ein Markt“ zu erzielen und gleichzeitig während der gesamten Verhandlungen ein hohes Maß an Ehrgeiz, auch in Bezug auf die Vereinfachung, beizubehalten. Außerdem schlagen wir vor, Gesetzgebungsinitiativen zurückzuziehen, die im Europäischen Parlament und im Rat keine ausreichende Unterstützung gefunden haben.

Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa

Billige Energie- und Rohstoffimporte, offener Welthandel, Zugang zum rasch wachsenden chinesischen Markt und ausgewogener technologischer Fortschritt sind nicht mehr wie früher die Grundlage einer florierenden EU-Wirtschaft. Aus diesem Grund ist unsere Priorität für die europäische Wirtschaft Unabhängigkeit.

Als Reaktion auf die Auswirkungen der aktuellen geopolitischen Lage auf die Lieferketten, die Energieversorgungssicherheit sowie die Verfügbarkeit und Kosten von Energie und Brennstoffen wird die Kommission koordinierte Maßnahmen ergreifen, um gegen **hohe Energiepreise** vorzugehen. Mit dem **Energierahmen für die Zeit nach 2030** wird eine Vereinfachung erreicht und gleichzeitig sichergestellt, dass mit dem Rahmen für 2040 die Dekarbonisierungsziele erreicht werden. Um den Einsatz von Wärmepumpen zu unterstützen, die Vorlaufkosten für Haushalte zu senken und zum besseren Schutz vor hohen Preisen für fossile Brennstoffe wird die Kommission prüfen, ob ein **Mechanismus für einen Markt für saubere Wärme** eingeführt werden könnte. Die Kommission wird den Binnenmarkt schützen, einschließlich des Vorschlags, bestimmte Verpflichtungen im Rahmen der **Methanverordnung** aufzuschieben, der Überprüfung des **Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen** für die am stärksten betroffenen Industriezweige und eines kurzfristigen Rahmens zur Optimierung der Raffinerien in der EU. Die Kommission wird auch freiwillige Regelungen für die Nachfragebündelung und die gemeinsame Beschaffung weiterverfolgen.

Um sicherzustellen, dass die für moderne Wirtschaftszweige – von Elektroautos bis hin zu Chips, Batterien und Verteidigung – erforderlichen Ressourcen vorhanden sind, werden wir eine **Europäische Gesellschaft für kritische Rohstoffe** gründen, die eng mit dem Zentrum für kritische Rohstoffe zusammenarbeiten wird. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um eine starke und innovative chemische Industrie in der Union und ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu gewährleisten.

Wir werden darauf hinarbeiten, Hindernisse im Binnenmarkt abzubauen – unter anderem durch Zwangsmaßnahmen. Im Einklang mit der Binnenmarktstrategie 2025 werden wir eine

Maßnahme zur Verhinderung von Binnenmarkthindernissen erwägen. Wir werden gegen **ungerechtfertigte regionale Angebotsbeschränkungen** vorgehen, die nach wie vor die Wahlmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher einschränken und zu erheblichen Preisunterschieden in der EU führen, insbesondere bei Konsumgütern des täglichen Bedarfs. Dies wird die Maßnahmen gegen unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelkette ergänzen. Wir werden Vorschläge vorlegen, um die **Spar- und Investitionsunion** zu vollenden – einschließlich der Reform des Risikokapitalrahmens und des **Pakets für Wettbewerbsfähigkeit und Vereinfachung im Bankensektor**. Wir werden eine Halbzeitüberprüfung der Spar- und Investitionsunion vornehmen.

Gemeinsam mit der Euro-Gruppe und der Europäischen Zentralbank werden wir die Rolle des Euro als Schlüsselinstrument für die Wettbewerbsfähigkeit der EU, unsere Position als geopolitischer Akteur, unsere wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und unsere strategische Unabhängigkeit weiter stärken. Wir begrüßen die Fortschritte der beiden gesetzgebenden Organe bei den Verhandlungen über den **digitalen Euro** und werden ihre Bemühungen um eine rasche Einigung unterstützen. Und wir werden eine **mögliche Reform der Architektur des Sicherheitsnetzes zur Wahrung der europäischen Souveränität** weiter prüfen.

Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, die Vorschriften erheblich zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand in allen Bereichen zu verringern. Um zu vermeiden, dass die von der EU vereinbarten Vorschriften komplexer werden, wenn sie von den Mitgliedstaaten umgesetzt und durchgeführt werden, werden wir auf den **Pakt gegen Überregulierung** hinarbeiten. Die Mitgliedstaaten sollten mit Blick auf alle Ergänzungen, die sie bei der Umsetzung von EU-Recht in ihre nationalen Vorschriften vornehmen, und in Bezug auf die Auswirkungen dieser Ergänzungen auf Unternehmen und den Binnenmarkt transparent sein. Zudem würde ein Mechanismus zur „Überprüfung und Beseitigung“ im Rahmen des Europäischen Semesters eingeführt, um die Belastungen zu verringern, die sich aus der Überregulierung ergeben.

Wir werden weitere Maßnahmen vorschlagen, um **Genehmigungsverfahren zu beschleunigen** – insbesondere für Projekte von strategischem Interesse für die EU – um zusätzliche Investitionen anzuziehen. Wir werden uns mit Möglichkeiten zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften in den **Bereichen Verkehr, Wohnen und Digitales** befassen.

Der technologische Fortschritt schreitet rasch voran, weshalb wir sicherstellen müssen, dass unsere Unternehmen in einem zukunftsfähigen Umfeld gedeihen können. Wir werden die Ziele der digitalen Dekade überprüfen und ein umfassenderes **Paket für den digitalen Wandel** vorschlagen, um den jüngsten Entwicklungen besser Rechnung zu tragen. Wir werden daran arbeiten, das Potenzial der künstlichen Intelligenz für die Kultur- und Kreativbranche zu nutzen, Kulturschaffende zu unterstützen, menschliche Kreativität sowie kulturelle und sprachliche Vielfalt zu wahren und die ethische Nutzung von KI zu fördern.

Um das Potenzial der künstlichen Intelligenz auszuschöpfen, werden wir ein Konzept für Maßnahmen in **fünf Bereichen der industriellen KI** vorschlagen: Gesundheit, Verkehr, Agrar- und Lebensmittelindustrie, fortgeschrittene Fertigung, Verteidigung und Raumfahrt – sowie Maßnahmen zur Stärkung der Position Europas im KI-Technologie-Stack, von Chips über Daten bis hin zu Rechenleistung und innovativen Finanzierungsinstrumenten,

insbesondere Eigenkapital, die andere Formen der Förderung ergänzen, um die erforderlichen Investitionen zu unterstützen.

Darüber hinaus werden wir in gestraffter Form die kollektive Abwehrbereitschaft im Bereich der Cybersicherheit, die Resilienz und industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken.

Die Menschen unterstützen und unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken

2027 wird der zehnte Jahrestag der **Europäischen Säule sozialer Rechte** begangen. Neue Technologien und der demografische Wandel bringen größere Herausforderungen mit sich, zugleich aber auch Chancen für die europäischen Gesellschaften. Unterdessen verändern sich die Arbeitswelt und das Bildungswesen, und die Lebenshaltungskosten steigen. Wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit sprechen, geht es um Arbeitsplätze, um Menschen und Existenzgrundlagen. Bei der Wahrung der wichtigsten Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte werden wir Maßnahmen zur Erhaltung unseres einzigartigen Modells der sozialen Marktwirtschaft vorschlagen, bei dem immer die Menschen an erster Stelle stehen.

Nächstes Jahr werden wir auch einen **Gipfel** organisieren, um das Bekenntnis zu den auf Dauer angelegten Prinzipien unserer sozialen Säule zu bekräftigen.

Die Bewältigung der Wohnungskrise ist nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie ist auch entscheidend, um den Europäerinnen und Europäern eine große Sorge zu nehmen, die zu viele von ihnen betrifft. Aufbauend auf dem EU-Plan für erschwinglichen Wohnraum werden wir ein **Vereinfachungspaket zum Wohnraum** vorschlagen, das darauf abzielt, das Wohnungsangebot durch Bürokratieabbau zu erhöhen und Bau- und Renovierungsarbeiten zu erleichtern.

Angesichts der Hindernisse, mit denen junge Menschen heute konfrontiert sind, ist Bildung nach wie vor die wertvollste Ressource der EU. Unsere Wettbewerbsfähigkeit hat von der Zusammenarbeit europäischer Hochschulen profitiert, die zur Förderung von Kompetenzen und Innovation beiträgt. Um dies noch weiter voranzubringen, werden wir die **Europäischen Hochschulallianzen 2.0** vorschlagen, um eine hochwertige grenzüberschreitende Bildung in der gesamten EU zu ermöglichen. Die **Kompetenzgarantie für Arbeitskräfte** wird Möglichkeiten für die berufliche Weiterentwicklung bieten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern helfen, indem Weiterbildung und Umschulung für neue Arbeitsplätze in wachsenden und strategischen Sektoren gefördert werden. Wir müssen zudem junge Menschen angesichts der Herausforderungen unterstützen, die sich aus den Folgen der KI für den Arbeitsmarkt ergeben, unter anderem, indem wir Verbesserungen der bestehenden Programme prüfen.

Heute erhält fast die Hälfte der pflegebedürftigen Menschen ab 65 Jahren nicht die benötigte Hilfe. Mehr als 50 Millionen Menschen in Europa, vor allem Frauen, kümmern sich um Angehörige oder Freunde, erhalten dabei oft aber nur wenig Unterstützung. Pflege- und Betreuungsdienste sind ein wesentlicher Bestandteil unserer sozialen Infrastruktur. Wir werden daher einen **Europäischen Deal für Pflege und Betreuung** auf den Weg bringen, um erschwingliche, hochwertige Pflege und Betreuung zu fördern, den Personalmangel zu verringern und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Pflege- und Betreuungskräften zu verbessern.

Der Generationswandel und die Bevölkerungsdynamik in Europa stellen sowohl erhebliche Herausforderungen als auch Chancen für unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften dar. Die Kommission wird weiter an der Entwicklung eines kohärenten strategischen Ansatzes arbeiten, um unsere Systeme auf die **sich wandelnden demografischen Gegebenheiten** vorzubereiten. Den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhindern, dass Land aufgegeben wird und die Bevölkerungsrückgänge zu verhindern.

Wir werden eine Strategie für das **Recht zu bleiben** vorschlagen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jeder Europäer und jede Europäerin am Heimatort eine Zukunft aufbauen kann. Sie wird sich mit den Herausforderungen durch den wirtschaftlichen Niedergang und den Bevölkerungsrückgang oder begünstigenden Faktoren dafür befassen, und ermitteln, welche Maßnahmen für das erfolgreiche Gedeihen von Regionen und das Wohlergehen von Bürgerinnen und Bürger notwendig sein könnten.

Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit

Unsere Außengrenzen, kritische Infrastruktur und die Werte, die unserem „europäischen Weg“ zugrunde liegen, sind zunehmend bedroht. Die Mitgliedstaaten sehen sich hybriden Angriffen auf ihrem Boden ausgesetzt. Trotz beispielloser Entscheidungen und Finanzmittel ist das **Ziel der Verteidigungsbereitschaft bis 2030** gefährdet. Wir müssen daher mehr tun, um diese Ziele zu erreichen und unsere Resilienz, Vorsorge und Reaktionsfähigkeit im Falle von Krisen oder noch Schlimmerem zu erhöhen.

Wir sind nach wie vor entschlossen, die Ukraine bei ihrer entschiedenen Verteidigung gegen die anhaltende Aggression der Russischen Föderation zu unterstützen, denn wir wissen genau, was auf dem Spiel steht. Wir werden weiterhin in unsere Verteidigungsfähigkeit investieren und diese insbesondere in den Bereichen Luft- und Raketenabwehr, Drohnen- und Drohnenabwehrsysteme und Munition verstärken. Die Verzahnung der Verteidigungsindustrie der EU und der Ukraine ist daher äußerst wichtig, weshalb wir an der Umsetzung des Pakts für die Verteidigungsindustrie zwischen der EU und der Ukraine arbeiten werden. In Zusammenarbeit mit der Ukraine und führenden Industriezweigen in der EU werden wir ein kosteneffizientes modulares Luftabwehrsystem fortentwickeln. Darüber hinaus werden wir in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, der Europäischen Verteidigungsagentur und dem EU-Militärstab ein **neues Europäisches Instrument für strategische Enabler** wie kritische Unterstützungsressourcen und Kräftemultiplikatoren einrichten, die von strategischem Transport und Luftbetankung bis hin zu Weltraum- und Cyberabwehr reichen. Um den sich wandelnden vielfältigen Bedrohungen für die Sicherheit Europas Rechnung zu tragen, sollte die EU ein **Europäisches Protokoll für Sicherheitsnotfälle** einrichten, damit Mitgliedstaaten, die einer unmittelbaren und glaubwürdigen Bedrohung ausgesetzt sind, von einer raschen gemeinsamen europäischen Reaktion profitieren können. Darüber hinaus sollte die Beistandsklausel der EU gemäß Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union weiter konkretisiert werden. Wir werden auch die Möglichkeit prüfen, mit unseren engsten Partnern einen **Europäischen Sicherheitsrat** einzurichten.

Europa muss seinen Zugang zu Weltraumkapazitäten verbessern, um Autonomie als strategische Voraussetzung für die europäische Verteidigung und die Wettbewerbsfähigkeit

unserer Industrie zu gewährleisten. Die EU wird eine neue europäische Vision für den Zugang zum Weltraum entwickeln.

Bei der Bekämpfung der illegalen Migration haben wir gute Reformfortschritte erzielt. Die kollektiven Kapazitäten haben sich in allen Gebieten deutlich verbessert, und die illegalen Grenzübertritte haben ihren niedrigsten Stand seit 2021 erreicht. Unerlaubte Weiterreisen nehmen ab, während die Zahl der Rückkehrerinnen und Rückkehrer zunimmt. Darauf müssen wir aufbauen und unsere Bemühungen um eine wirksame Umsetzung des Migrations- und Asylpakets vor Ort im Geiste der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten fortsetzen.

Dazu gehört auch, dass wir den neuen Rechtsrahmen für die Rückkehr anwenden, die Sicherheit und Resilienz unserer Außengrenzen weiter verbessern – etwa indem wir uns schnell auf ein erweitertes Frontex-Mandat einigen –, bestehende Vorschriften konsequenter durchsetzen, Partnerschaften mit Drittländern intensivieren und sicherstellen, dass Solidarität und Verantwortung in der Praxis funktionieren. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Ceuta diesen Sommer werden wir unsere Kapazitäten zur Überwachung und Bekämpfung von Desinformation in enger Zusammenarbeit mit Europol und anderen EU-Agenturen ausbauen. Wir werden einen **Europäischen Rahmen für Notfallmaßnahmen** vorschlagen und damit den Mitgliedstaaten zusätzliche Flexibilität beim Grenzmanagement und bei Standard-Asyl- und -Rückkehrverfahren geben. Gleichzeitig verstärken wir die Zusammenarbeit mit Nachbar- und Partnerländern, um Investitionen zu fördern und jungen Menschen sinnvolle Perspektiven in Form von Arbeitsplätzen sowie beruflicher Fach- und Ausbildung zu bieten, unter anderem über die Initiative für Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen im Mittelmeerraum. Wir werden unser diplomatisches Engagement gegenüber den Herkunftsländern verstärken und dabei alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente und Hebel strategisch und kohärent nutzen. Wir werden den **Schengen-Rahmen für Visa** modernisieren und dabei legale Reisen und Arbeitskräftemobilität erleichtern, um Talente anzuziehen.

Wir werden unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus verstärken, indem wir die **operative Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden** vertiefen, auch auf internationaler Ebene. Wir werden den Schutz kritischer Infrastruktur verbessern und uns zur Bewältigung hybrider Bedrohungen besser aufstellen. Mit Blick auf Folgemaßnahmen im kommenden Jahr werden wir darüber hinaus die Auswirkungen der **Vorschriften zur Datenspeicherung** auf EU-Ebene bewerten.

Unsere Lebensqualität erhalten: Ernährungssicherheit, Wasser und Natur

Die Lebensqualität in Europa wird stets mehr von unserer Fähigkeit abhängen, uns an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen und diese abzumildern. Das Katastrophenschutzverfahren der Union wurde bei den diesjährigen Waldbränden zwölf Mal in zehn verschiedenen Ländern aktiviert. Wir werden diesen gemeinsamen Schutzschild weiter stärken und in Prävention, Vorsorge und langfristige Resilienz investieren. Dazu ziehen wir die Möglichkeit eines Ausbaus der **europäischen Fähigkeiten und Kapazitäten** in Betracht.

Die Hitzewellen und Dürren in diesem Sommer haben der Natur, der Landwirtschaft und dem Energiesektor erheblich zugesetzt. Die europäischen Landwirtinnen und Landwirte haben den widrigen Umständen zwar getrotzt, aber viel bleibt noch zu tun, um den Sektor besser für künftige Extremwetter zu rüsten. Vor diesem Hintergrund werden wir eine **Europäische Wasserinitiative** vorschlagen, die zu einer besseren Bewirtschaftung unserer lebenswichtigen Wasserressourcen beitragen soll – zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger, für mehr Ernährungssicherheit und für unsere Industrie. Damit die Landwirtschaft globalem Druck und Klimabelastungen auch weiter standhält, muss noch mehr für ihre Widerstandsfähigkeit getan werden. Für eine bessere Vorsorge der EU im Hinblick auf Hitzewellen und ihre Auswirkungen, insbesondere auf die am stärksten gefährdeten Menschen, wird die Kommission einen integrierten **Europäischen Plan für Hitzewellen** mit einem sektorübergreifenden Ansatz erarbeiten. Wir werden eine **Allianz für Klimaversicherung** ins Leben rufen, um Europas Lücke beim Klimaversicherungsschutz zu schließen, und weitere Schritte unternehmen, um das **Risikomanagement in allen Sektoren zu verbessern**.

Der Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt ist uns weiterhin ein Anliegen. Bei der **Überarbeitung der Naturschutzrichtlinien** wird sich zeigen, ob der Rechtsrahmen geändert werden muss, um auch künftig wirksam zu funktionieren und die Ziele auf einfache Weise zu erreichen.

Angesichts der wichtigen Rolle von **Fischerei und Aquakultur** beim Übergang zu einem nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Lebensmittelsystem wird die Kommission die in ihrer Vision 2040 angekündigten gezielten Maßnahmen vorschlagen, um die Modernisierung des Sektors und einen Generationenwechsel zu ermöglichen.

Wir werden die Resilienz unserer **Gesundheitssysteme** und den robusten Rahmen für Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit weiter stärken.

Im Zuge des Klimaschutzes wird die Nachfrage nach Clean-Tech-Produkten und -Dienstleistungen weiter zunehmen. Um auf dem Weg Richtung Klimaneutralität voran- und von fossilen Brennstoffen wegzukommen und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Automobilindustrie zu erhalten, werden wir die **CO_2-Normen für schwere Nutzfahrzeuge** überprüfen.

Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren

Lebenswert ist ein Europa, das seine Bevölkerung schützt, für sie sorgt, sie zur aktiven Teilhabe an der Gesellschaft befähigt und die Werte verteidigt, die uns ausmachen. 70 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge werden wir den **Europakongress** ins Leben rufen. Er wird die klügsten Köpfe aus der gesamten EU zusammenbringen, um eine inspirierende Vision eines gemeinsamen Europas für eine neue Generation zu entwickeln.

Die Demokratie steht unter wachsendem Druck durch interne und externe Einflüsse. Desinformation und Informationsmanipulation verbreiten sich schnell, befeuert durch künstliche Intelligenz. Wir werden unsere Arbeit am **Europäischen Schutzschild für die Demokratie** weiter vorantreiben und unsere Ressourcen mit Mitgliedstaaten, Erweiterungsländern und Interessenträgern bündeln, um das Lagebewusstsein zu stärken und die Reaktionsfähigkeit bei Bedrohungen zu verbessern. Wir werden die EU besser gegen

Einfluss aus dem Ausland und Desinformation wappnen und den Zugang zu verlässlichen und vertrauenswürdigen Informationen für alle möglich machen, die Integrität unserer Wahlen wahren und unabhängige Medien, Journalistinnen und Journalisten sowie die Zivilgesellschaft unterstützen. Wir werden weiter an der Verbesserung der demokratischen Resilienz im In- und Ausland arbeiten. Die Kommission konsultiert derzeit Interessenträger zur Verordnung über politische Werbung. Aufbauend auf den Rückmeldungen wird sie die Anwendung und Wirksamkeit der Vorschriften und ihre Auswirkungen auf das Engagement im demokratischen Raum untersuchen. Wir werden auch weitere Optionen zum Umgang mit Hassdelikten im Internet prüfen.

Die zunehmende Polarisierung und die sich rasch verändernde Informationslandschaft haben zu einer Zunahme der Bedrohungen, Angriffe und Gewalt gegen Wahlkandidaten und -kandidatinnen sowie gewählte Politikerinnen und Politiker geführt, wobei Frauen besonders betroffen sind. Wir werden eine Empfehlung der Kommission zur **Sicherheit in der Politik** vorlegen, mit Maßnahmen zur Vorbeugung und Bewältigung von Bedrohungen der Sicherheit von Wahlkandidatinnen und -kandidaten sowie gewählter Politikerinnen und Politiker. Dies wird zur Sicherung inklusiver demokratischer Teilhabe und Vertretung beitragen und damit das Vertrauen in politische Institutionen stärken.

Diskriminierung und Ungleichheit haben in unserer Gesellschaft keinen Platz, gehören aber für viele Menschen in Europa immer noch zum Alltag. Wir werden **Folgemaßnahmen zur erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative gegen Konversionsmaßnahmen** ergreifen. Mit einer Empfehlung der Kommission werden wir die Mitgliedstaaten dazu aufrufen, diese schädlichen Praktiken, die in unserer Union keinen Platz haben, zu verbieten.

Europa in der Welt: unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen

In dem Maße, in dem wirtschaftlicher Zwang zunimmt und Lieferketten als Waffe eingesetzt werden, muss Europa noch stärker auf **Diversifizierung** setzen und vertrauenswürdige **Partnerschaften** intensivieren, die seine Stärken untermauern und Schwachstellen verringern.

Die **EU und Kanada** haben ein gemeinsames Verständnis der heutigen Herausforderungen, sei es wirtschaftlicher Zwang, künstliche Intelligenz, Innovation, Klimawandel, Sicherheit in der Arktis oder Geopolitik. Dies macht Kanada zu einem unserer engsten Verbündeten, und wir werden unsere strategische Partnerschaft weiter intensivieren. Gleichzeitig werden wir unsere Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich vertiefen. Auch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Amerika, Asien und Afrika werden wir ausbauen, um europäischen Unternehmen neue Chancen zu eröffnen, unsere Lieferketten widerstandsfähiger zu machen und die benötigten Rohstoffe und Komponenten zu sichern. Konkret werden wir auf den Abschluss bzw. die Unterzeichnung und Umsetzung von Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien, Australien, den Philippinen und Thailand hinarbeiten.

Ein Teil dieser Bemühungen ist ein spezielles **Diversifizierungsinstrument**, das unsere Resilienz stärken und dazu beitragen wird, Risikominderung und Diversifizierung zu beschleunigen, während wir strategische Abhängigkeiten abbauen, die Gefahren für die wirtschaftliche Sicherheit der EU bergen. Wir werden auch die Fähigkeit der EU zur Bewältigung globaler makroökonomischer Ungleichgewichte stärken, indem wir **die**

Instrumente der EU wirksam nutzen und erweitern, um diese Ungleichgewichte noch besser in den Griff zu bekommen, etwa durch einen geoökonomischen **Abschreckungspakt**.

Zur Sicherung des Friedens muss Europa Macht demonstrieren, Bedrohungen abwehren, Herausforderungen begegnen und seinen Einfluss ausweiten. Durch gemeinsame Anstrengungen haben wir binnen weniger Jahre mehr im Verteidigungsbereich unternommen als zuvor in Jahrzehnten. Aber die Bedrohungen nehmen zu – damit müssen wir Schritt halten.

Unsere Unterstützung für die **Ukraine**, ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität ist nach wie vor unerschütterlich, und wir werden auch künftig auf einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden hinarbeiten. Zu diesem Zweck setzen wir uns weiterhin für eine engere Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und die Integration der Verteidigungsindustrie ein, womit wir der Ukraine helfen, auf ihrem Weg in die EU gut voranzukommen, und den Druck auf Russland erhöhen. Unter anderem werden wir die kritische Infrastruktur der Ukraine stärken und dem Land mit humanitären Hilfsgütern durch einen weiteren sehr harten Winter helfen, uns um Freiheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer bei gleichzeitiger Wiederbelebung der Solidaritätskorridore bemühen, Luftabwehrkapazitäten ausbauen und gemeinsam mit der Ukraine an der Entwicklung eines kosteneffizienten modularen Raketenabwehrsystems arbeiten.

Die EU wird auch künftig aktiv zu Frieden und Stabilität im **Nahen Osten**, in **Nordafrika** und der **Golfregion** beitragen und unterstützend tätig werden. Wir werden mit der Umsetzung des Pakts für den Mittelmeerraum fortfahren und die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern an mehreren Fronten verstärken, indem wir **neue** Partnerschaften eingehen **und bestehende vertiefen**, humanitäre Hilfe leisten und uns auf diplomatischer Ebene um Deeskalation und die Vermeidung weiterer Konflikte bemühen. Die Unsicherheit im Nahen Osten zieht Kreise bis nach Europa. Vor dem Hintergrund der weiterhin katastrophalen Lage im Gazastreifen und im Jemen bleiben auch 2027 der Schutz und die Unterstützung der bedürftigen Menschen von entscheidender Bedeutung. Der israelisch-palästinensische Konflikt steht nach wie vor im Mittelpunkt vieler Spannungen in der Region, was sich auf die Sicherheit im Libanon sowie in Syrien, Jordanien und Ägypten auswirkt. Wir werden auch künftig die Erholung Syriens begleiten und sicherstellen, dass sie in geregelten Bahnen verläuft. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Wiederherstellung der Stabilität und der Beendigung regionaler Konflikte unter Beteiligung von Iran, der Golfregion und dem **Roten Meer**. Die EU wird sich darüber hinaus für die Freiheit der Schifffahrt und die maritime Sicherheit in den Straßen von **Hormus** und **Bab al-Mandab** einsetzen.

Die EU unterstützt wirksamen **Multilateralismus und eine regelbasierte internationale Ordnung** mit den Vereinten Nationen im Zentrum. Gleichzeitig fördert und verteidigt sie das Völkerrecht. Wir werden auch künftig gemeinsam mit Partnern die Reform der Vereinten Nationen vorantreiben, um greifbare Ergebnisse in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung zu erzielen. Die EU bekräftigt ihr unerschütterliches Engagement für eine regelbasierte internationale Ordnung, mit dem Internationalen Strafgerichtshof als grundlegendem Bestandteil.

Gemeinsam handeln und unsere Union für die Zukunft vorbereiten

Um diese politische Agenda zu stemmen, braucht die EU einen modernen, flexiblen und gut ausgestatteten Haushalt. Die Vorbereitungen für den **mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034** werden 2027 Fahrt aufnehmen, damit ab dem 1. Januar 2028 Mittel zur Verfügung stehen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, Sicherheit und Verteidigung, Ernährungssicherheit, Kohäsion und Dekarbonisierung sowie Europas allgemeine Aufgaben zu unterstützen. Dazu ist eine politische Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen bis Ende 2026 unerlässlich, einschließlich eines umfangreichen Pakets neuer Eigenmittel, um Schaden durch Finanzierungslücken zu vermeiden. 2027 werden wir mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und den Mitgliedstaaten intensiv an der Fertigstellung sektorspezifischer Rechtsvorschriften arbeiten und die Vorbereitungen abschließen. Parallel dazu wird der Schutz des EU-Haushalts durch die anstehende Überarbeitung der OLAF- und EuStA-Verordnungen sowie der Richtlinie über den Schutz der finanziellen Interessen im Zuge der Überprüfung der Betrugsbekämpfungsarchitektur weiter verbessert.

Eine erfolgreiche **EU-Erweiterung** ist wichtig für unsere Sicherheit, künftige Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit sowie für die Stärkung unserer Position in einer unbeständigen Welt. In den letzten Jahren haben die Erweiterungsländer erhebliche Fortschritte erzielt, insbesondere Montenegro. Das Land nähert sich dem Ende der Beitrittsverhandlungen. Albanien hat erste Verhandlungskapitel geschlossen, und die Ukraine und Moldau schreiten mit der Eröffnung von Verhandlungsclustern voran. In dem Maße, in dem die Erweiterung vorankommt, muss auch die EU Vorbereitungen treffen. Mit unseren **Überprüfungen von Politikfeldern im Vorfeld der Erweiterung** tragen wir dazu bei, dass ein größeres Europa weiterhin in der Lage ist, entschlossen zu handeln.

Um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen gerecht zu werden, werden wir uns auch weiterhin auf die **Umsetzung** konzentrieren und dabei auf den positiven Erfahrungen mit dem Überwachungsprozess aufbauen, den wir in der Gemeinsamen Erklärung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat eingeführt haben. Damit unsere Vorschriften rasch Wirkung zeigen, sind nach wie vor eine **wirksame Umsetzung und eine konsequente Durchsetzung** entscheidend. Die Kommission hat ihre Unterstützung für die Mitgliedstaaten bereits verstärkt und setzt nun zunehmend auf innovative Tools zur Vereinfachung der Umsetzung und Reduzierung des Aufwands. Wir werden auch künftig direkt mit Interessenträgern und Fachleuten aus der Praxis zusammenarbeiten, etwa im Rahmen von Umsetzungsdialogen. Parallel zu diesem Arbeitsprogramm legt die Kommission ihren **zweiten Jahresbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung** vor, um eine Bilanz der Vereinfachungsfortschritte und Kosteneinsparungen zu ziehen.

Europa wird nur dann an Stärke gewinnen, wenn wir auf verschiedenen Ebenen und über Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Jetzt ist der Moment, unsere Unabhängigkeit zu verwirklichen.

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 4.11.2026
COM(2026) 710 final

ANNEXES 1 to 4

ANHÄNGE

der

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN

Arbeitsprogramm der Kommission für 2027

Die Europäische Union - füreinander einstehen

Anhang I: Neue Initiativen[1]

Nr.	Politisches Ziel	Initiativen
Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa		
1.	**Binnenmarkt**	**Verhinderung einer Marktsegmentierung durch Anbieter** (legislativ oder nicht legislativ, 3. Quartal 2027)
2.	**Wettbewerbsfähigkeit**	**Vorschlag zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren** (legislativ oder nicht legislativ, 3. Quartal 2027)
3.	**Binnenmarkt**	**Vorbeugung gegen Hindernisse im Binnenmarkt** (legislativ oder nicht legislativ, 3. Quartal 2027)
4.	**Vollendung der Bankenunion**	**Paket zu Wettbewerbsfähigkeit und Vereinfachung im Bankensektor** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 114 AEUV, 1. Quartal 2027)
5.	**Diversifizierung bei kritischen Rohstoffen**	**Europäische Gesellschaft für kritische Rohstoffe** (legislativ oder nicht legislativ)
6.	**Digitales**	**Paket für den digitalen Wandel, Vereinfachung und Urheberrecht** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 53, 62, 114 und 173 Absatz 3 AEUV, 2. Quartal 2027)
7.	**Vereinfachung des Regelungsumfelds im Verkehrssektor**	**Vereinfachungspaket für den Verkehrssektor** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 91 AEUV, 1. Quartal 2027)
8.		**RefuelEU Aviation** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 100 Absatz 2 AEUV, 2. Quartal 2027)
9.	**Energie**	**Rahmen für die Zeit nach 2030 und Vereinfachungspaket** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 194 AEUV, 1. Quartal 2027)
Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit		

[1] Im Einklang mit der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung stellt die Kommission in diesem Anhang – soweit verfügbar – weitere Informationen zu den in ihrem Arbeitsprogramm enthaltenen Initiativen bereit. Bei diesen Informationen, die bei den einzelnen Initiativen in Klammern aufgeführt sind, handelt es sich um vorläufige Angaben, die sich im Laufe des Vorbereitungsprozesses und insbesondere infolge der Ergebnisse einer etwaigen Folgenabschätzung noch ändern können. Vereinfachungsinitiativen oder Initiativen mit großem Vereinfachungspotenzial sind blau hinterlegt.

10.	**Migration**	**Anpassung der Visabestimmungen** (legislativ, Artikel 77 Absatz 2 AEUV, 1. Quartal 2027)
11.	**Innere Sicherheit**	**Internationaler Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm International)** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 88 Absatz 2 AEUV, 2. Quartal 2027)
Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken		
12.	**Wohnraum**	**Vereinfachungspaket zum Wohnraum** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, 2. Quartal 2027)
13.	**Fairness in der Pflege und Betreuung**	**Europäischer Deal für Pflege und Betreuung** (nicht legislativ, 2. Quartal 2027)
14.	**Hochschulbildung**	**Europäische Hochschulallianzen 2.0** - **Ein Rechtsstatus für Europäische Hochschulallianzen (Änderung der Verordnung über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit)** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 175 AEUV, 4. Quartal 2027) - **Europäische Hochschulallianzen: ein Motor für Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit Europas** (nicht legislativ, 4. Quartal 2027)
15.	**Kompetenzen**	**Kompetenzgarantie** (nicht legislativ, 3. Quartal 2027)
16.	**Kohäsion**	**Bleibeperspektive („Recht zu bleiben“)** (nicht legislativ, 1. Quartal 2027)
Unsere Lebensqualität erhalten: Ernährungssicherheit, Wasser und Natur		
17.	**Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung**	**Überprüfung der CO_2-Normen für schwere Nutzfahrzeuge** (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 192 Absatz 1 AEUV, 3. Quartal 2027)
18.	**Wasser**	**EU-Wasserinitiative** (legislativ oder nicht legislativ, 2. Quartal 2027)
19.	**Anpassung an den Klimawandel**	**Europäischer Plan für Hitzewellen** (nicht legislativ, 2. Quartal 2027)
20.	**Natur**	**Überprüfung von Naturschutzrichtlinien, einschließlich der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie Natura 2000** (legislativ/nicht legislativ, 3. Quartal 2027)
Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren		

21.	**Gleichstellung**	**Empfehlung der Kommission zum Verbot von Konversionsmaßnahmen** (nicht legislativ, 2. Quartal 2027)
22.	**Sicherheit in der Politik**	**Empfehlung der Kommission zur Sicherheit in der Politik** (nicht legislativ, 1. Quartal 2027)
23.	**Transparenz in der Politik**	**Überprüfung der Verordnung über politische Werbung** (legislativ oder nicht legislativ)

Anhang II: Vorrangige anhängige Vorschläge

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa		
1.	**Europäischer Produktrechtsakt (Normung)**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die europäische Normung, zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates	COM(2026) 780 final 2026/0307(COD) 6.10.2026
2.	**Rechtsakt über die Vergabe öffentlicher Aufträge**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über öffentliche Aufträge und Konzessionen, zur Aufhebung der Richtlinien 2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/EU und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1370/2007, (EU) 2023/1542, (EU) 2024/1157, (EU) 2024/1252, (EU) 2024/1735, (EU) 2024/1781, (EU) 2024/2847, (EU) 2024/3110 und (EU) 2025/40 sowie der Richtlinien 2008/98/EG, (EU) 2019/882, (EU) 2022/2381, (EU) 2023/1791 und (EU) 2024/1760 (Rechtsakt über die Vergabe öffentlicher Aufträge)	COM(2026) 590 final 2026/0265(COD) 9.9.2026
3.	**Überprüfung des Emissionshandelssystems (EHS)**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/757 und (EU) 2023/1805 zur Vereinfachung und Straffung der Überwachung, Berichterstattung und Prüfung und zur Angleichung an das überarbeitete EU-Emissionshandelssystem	COM(2026) 620 final 2026/0210(COD) 17.7.2026
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG hinsichtlich angepasster Werte für die Wärme- und Brennstoff-Benchmarks für den Zeitraum 2026-2030	COM(2026) 619 final 2026/0211(COD) 17.7.2026
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG und des Beschlusses (EU) 2015/1814 im Hinblick auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und einer kosteneffizienten Dekarbonisierung	COM(2026) 616 final 2026/0212(COD) 17.7.2026

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
4.	**Netzentgelte und Steuern**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/943 im Hinblick auf zukunftssichere Stromrechnungen in der Union durch Senkung der Systemkosten und Förderung der Elektrifizierung und Digitalisierung	COM(2026) 600 final 2026/0203(COD) 17.7.2026
5.	**Omnibus-Pakete**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1369 und der Verordnung (EU) 2020/740 im Hinblick auf die Vereinfachung und bessere Nutzung digitaler Optionen für die Energieverbrauchs- und Reifenkennzeichnung – *Omnibus XII: Rechtsvorschriften zu Energieerzeugnissen*	COM(2026) 565 final 2026/0169(COD) 24.6.2026
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinien 2003/49/EG, 2009/133/EG, 2011/96/EU, (EU) 2016/1164, (EU) 2017/1852 und (EU) 2025/50 im Hinblick auf die Vereinfachung des Unionsrahmens für direkte Steuern und die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der EU – *Omnibus XI: Besteuerung*	COM(2026) 560 final 2026/0163(CNS) 24.6.2026
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 1829/2003, (EG) Nr. 1831/2003, (EG) Nr. 852/2004, (EG) Nr. 853/2004, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1099/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 528/2012 und (EU) 2017/625 im Hinblick auf die Vereinfachung und Verschärfung der Anforderungen an die Lebens- und Futtermittelsicherheit – *Omnibus X: Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln*	COM(2025) 1030 final 2025/0410(COD) 16.12.2025
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 98/58/EG des Rates und der Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Vereinfachung und Verschärfung der Anforderungen an die Lebens- und Futtermittelsicherheit und zur Aufhebung der Richtlinien 82/711/EWG und 85/572/EWG des Rates – *Omnibus X: Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln*	COM(2025) 1021 final 2025/0409(COD) 16.12.2025
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 92/6/EWG zur Ausnahme bestimmter Elektrofahrzeuge der Klasse N2 von der Anforderung zum Einbau und zur Benutzung eines Geschwindigkeitsbegrenzers – *Omnibus IX: Automobilindustrie*	COM(2025) 999 final 2025/0424(COD) 16.12.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 561/2006, (EU) 2018/858, (EU) 2019/2144 und (EU) 2024/1257 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Vereinfachung der technischen Anforderungen und der Prüfverfahren für Kraftfahrzeuge sowie zur Aufhebung der Richtlinie 70/157/EWG des Rates und der Verordnung Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates – *Omnibus IX: Automobilindustrie*	COM(2025) 993 final 2025/0422(COD) 16.12.2025
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinien 2008/98/EG, 2010/75/EU, (EU) 2015/2193 und (EU) 2024/1785 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Vereinfachung bestimmter Anforderungen und die Verringerung des Verwaltungsaufwands – *Omnibus VIII: Umweltvorschriften*	COM(2025) 986 final 2025/0394(COD) 10.12.2025

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2007/2/EG im Hinblick auf die Vereinfachung bestimmter Anforderungen an die Schaffung der Geodateninfrastruktur in der Union – *Omnibus VIII: Umweltvorschriften*	COM(2025) 985 final 2025/0393(COD) 10.12.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Beschleunigung von Umweltprüfungen – *Omnibus VIII: Umweltvorschriften*	COM(2025) 984 final 2025/0391(COD) 10.12.2025
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Aussetzung der Anwendung der Vorschriften über die Benennung von Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung für Abfälle, Elektro- und Elektronik-Altgeräte und Einwegkunststoffabfälle – *Omnibus VIII: Umweltvorschriften*	COM(2025) 983 final 2025/0396(COD) 10.12.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Aussetzung der Anwendung der Vorschriften über die Benennung eines Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung für Batterien und Altbatterien sowie Verpackungen und Verpackungsabfälle – *Omnibus VIII: Umweltvorschriften*	COM(2025) 982 final 2025/0395(COD) 10.12.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/1542 und der Verordnung (EU) 2024/1244 im Hinblick auf die Vereinfachung einiger Anforderungen und die Verringerung des Verwaltungsaufwands – *Omnibus VIII: Umweltvorschriften*	COM(2025) 981 final 2025/0397(COD) 10.12.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EU) 2016/679, (EU) 2018/1724, (EU) 2018/1725, (EU) 2023/2854 und der Richtlinien 2002/58/EG, (EU) 2022/2555 und (EU) 2022/2557 hinsichtlich der Vereinfachung des digitalen Rechtsrahmens und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2018/1807, (EU) 2019/1150, (EU) 2022/868 und der Richtlinie (EU) 2019/1024 (Digital-Omnibus-Verordnung) – *Omnibus VII: Digitales*	COM(2025) 837 final 2025/0360(COD) 19.11.2025
6.	**Chip-Verordnung 2**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über einen Rahmen für Maßnahmen zur Stärkung des Halbleiterökosystems der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2023/1781 (Chip-Verordnung 2.0)	COM(2026) 504 final 2026/0139(COD) 3.6.2026
7.	**Verordnung zur Cloud- und KI-Entwicklung**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Cloud- und KI-Ökosystems (Verordnung zur Cloud- und KI-Entwicklung)	COM(2026) 502 final 2026/0138(COD) 3.6.2026

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
8.	**Verordnung zur industriellen Beschleunigung**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen zur Beschleunigung der Verstärkung der industriellen Kapazitäten und der Dekarbonisierung in strategischen Sektoren sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1724, (EU) 2024/1735 und (EU) 2024/3110	COM(2026) 100 final 2026/0068(COD) 4.3.2026
9.	**Verordnung über digitale Netze**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über digitale Netze, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120, der Richtlinie 2002/58/EG und der Entscheidung Nr. 676/2002/EG sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1971, der Richtlinie (EU) 2018/1972 und des Beschlusses Nr. 243/2012/EU (Verordnung über digitale Netze)	COM(2026) 16 final 2026/0013(COD) 21.1.2026
10.	**EU-Cybersicherheitsverordnung**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA), den europäischen Rahmen für die Cybersicherheitszertifizierung und die Sicherheit der IKT-Lieferketten sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2019/881 (Cybersicherheitsverordnung 2)	COM(2026) 11 final 2026/0011(COD) 20.1.2026
11.	**Automobilpaket**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/631 in Bezug auf CO2-Emissionsnormen für neue leichte Nutzfahrzeuge und die Fahrzeugkennzeichnung sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/94/EG	COM(2025) 995 final 2025/0420(COD) 16.12.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über saubere Unternehmensfahrzeuge	COM(2025) 994 final 2025/0421(COD) 16.12.2025
12.	**Überarbeitung der Verordnungen über Medizinprodukte**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EU) 2017/745 und (EU) 2017/746 zwecks Vereinfachung der Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika und Reduzierung des mit ihnen verbundenen Aufwands sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/123 hinsichtlich der Unterstützung der Expertengremien für Medizinprodukte durch die Europäische Arzneimittel-Agentur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/1689 hinsichtlich der in ihrem Anhang I enthaltenen Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union	COM(2025) 1023 final 2025/0404 (COD) 16.12.2025

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
13.	**Biotech-Verordnung**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie und der Bioproduktion in der Union, insbesondere im Bereich der Gesundheit, und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 1394/2007, (EU) Nr. 536/2014, (EU) 2019/6, (EU) 2024/795 und (EU) 2024/1938 (Europäische Biotech-Verordnung)	COM(2025) 1022 final 2025/0406 (COD) 16.12.2025
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinien 2001/18/EG und 2010/53/EU hinsichtlich des Inverkehrbringens von genetisch veränderten Mikroorganismen und der Aufbereitung von Organen, COM(2025) 1031	COM(2025) 1031 final 2025/0405 (COD) 16.12.2025
14.	**Paket „Europäische Netze“**	
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinien (EU) 2018/2001, (EU) 2019/944 und (EU) 2024/1788 im Hinblick auf die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren	COM(2025) 1007 final 2025/0400(COD) 10.12.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2019/942, (EU) 2019/943 und (EU) 2024/1789 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2022/869	COM(2025) 1006 final 2025/0399(COD) 10.12.2025
15.	**Spar- und Investitionsunion – Paket zur Marktintegration und -aufsicht**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014, (EU) Nr. 909/2014, (EU) 2015/2365, (EU) 2019/1156, (EU) 2021/23, (EU) 2022/858, (EU) 2023/1114, (EU) Nr. 1060/2009, (EU) 2016/1011, (EU) 2017/2402, (EU) 2023/2631 und (EU) 2024/3005 im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kapitalmarktintegration und der Aufsicht in der Union	COM(2025) 943 final 2025/0383(COD) 4.12.2025
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG, 2011/61/EU und 2014/65/EU im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kapitalmarktintegration und der Aufsicht in der Union	COM(2025) 942 final 2025/0382(COD) 4.12.2025
	Vorschlag für einen VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Wirksamkeit von Abrechnungen und zur Aufhebung der Richtlinie 98/26/EG und zur Änderung der Richtlinie 2002/47/EG über Finanzsicherheiten	COM(2025) 941 final 2025/0381(COD) 4.12.2025

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
16.	**Spar- und Investitionsunion – Maßnahmenpaket zu Zusatzrenten**	
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinien (EU) 2016/2341 und 2016/97 im Hinblick auf die Stärkung des Rahmens für die betriebliche Altersversorgung	COM(2025) 842 final 2025/0362(COD) 20.11.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1238 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP)	COM(2025) 840 final 2025/0363(COD) 20.11.2025
17.	**Spar- und Investitionsunion – Information**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor und der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1288 der Kommission	COM(2025) 841 final 2025/0361(COD) 20.11.2025
18.	**Europäische Unternehmensbrieftaschen**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Einrichtung europäischer Unternehmensbrieftaschen	COM(2025) 838 final 2025/0358(COD) 19.11.2025
19.	**EU Inc.**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES ÜBER DEN GESELLSCHAFTSRECHTLICHEN RAHMEN DES 28. REGIMES – „EU INC.“	COM(2026) 321 final 2026/0074(COD) 18.3.2025
20.	**Digitaler Euro**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einführung des digitalen Euro	COM(2023) 369 final 2023/0212(COD) 28.6.2023
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Erbringung von Diensten im Zusammenhang mit dem digitalen Euro durch Zahlungsdienstleister mit Sitz in Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist, und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates	COM(2023) 368 final 2023/0211(COD) 28.6.2023

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Euro-Banknoten und Euro-Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel	COM(2023) 364 final 2023/0208(COD) 28.6.2023
Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit		
21.	**Militärische Mobilität**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Erleichterung des Transports von militärischer Ausrüstung, militärischen Gütern und militärischem Personal innerhalb der Union	COM(2025) 847 final 2025/0847 (COD) 19.11.2025
Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken		
22.	**Paket für faire Arbeitskräftemobilität (einschließlich der Initiative zur Übertragbarkeit von Kompetenzen)**	
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG im Hinblick auf die Digitalisierung der Verfahren und die Anerkennung von außerhalb der Union ausgestellten Berufsqualifikationen sowie der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012	COM(2026) 995 final 2026/0273(COD) 15.9.2026
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Übertragbarkeit von Qualifikationen und Kompetenzen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 („Verordnung über die Übertragbarkeit von Kompetenzen“)	COM(2026) 992 final 2026/0274(COD) 15.9.2026
	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Anerkennung der Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen	COM(2026) 990 final 2026/0275 (COD) 15.9.2026
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1149 zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde, der Verordnung (EU) 2016/589 über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES), den Zugang von Arbeitnehmern zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Durchführungsbeschlüsse (EU) 2017/1256, (EU) 2018/170, (EU) 2018/1020 und (EU) 2018/1021 der Kommission	COM(2026) 985 final 2026/0272(COD) 15.9.2026

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Digitalisierung der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, zur Festlegung eines Rahmens für den Europäischen Sozialversicherungspass (ESSPASS) und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004, (EG) Nr. 987/2009 und (EU) 2018/1724	COM(2026) 980 final 2026/0271(COD) 15.9.2026
23.	**Europäische Verordnung über erschwinglichen Wohnraum**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung der Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit von Wohnraum (Verordnung über erschwinglichen Wohnraum)	COM(2026) 599 final 2026/0268(COD) 9.9.2026
Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten		
24.	**Mehrjähriger Finanzrahmen 2028-2034**	
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Binnenmarkt- und Zollprogramms für den Zeitraum 2028-2034 und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2021/444, (EU) 2021/690, (EU) 2021/785, (EU) 2021/847 und (EU) 2021/1077	COM(2025) 590 final 2025/0590(COD) 3.9.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Programms „Justiz“ für den Zeitraum 2028-2034 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2021/693	COM(2025) 463 final 2025/0255(COD) 3.9.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Errichtung des Aktionsprogramms in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro vor Geldfälschung für den Zeitraum 2028-2034 (Programm „Pericles V“) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2021/840	COM(2025) 462 final 2025/0258(COD) 3.9.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 und der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509	COM(2025) 565 final 2025/0240(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung der Bedingungen für die Durchführung der Unterstützung der Union für die Gemeinsame Agrarpolitik im Zeitraum 2028 bis 2034	COM(2025) 560 final 2025/0241(COD) 16.7.2025

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung der Bedingungen für die Durchführung der Unionsunterstützung für die Gemeinsame Fischereipolitik, den Europäischen Pakt für die Meere und die Meeres- und Aquakulturpolitik der Union im Rahmen des Fonds für national-regionale Partnerschaften gemäß der Verordnung (EU) [NRP-Fonds] für den Zeitraum 2028 bis 2034	COM(2025) 559 final 2025/0235(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds als Teil des in der Verordnung (EU) [NRP-Plan] festgelegten Plans für national-regionale Partnerschaften und mit Bedingungen für die Bereitstellung der Unionsunterstützung für qualitativ hochwertige Beschäftigung, Kompetenzen und soziale Inklusion für den Zeitraum von 2028 bis 2034	COM(2025) 558 final 2025/0239(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF), einschließlich des spezifischen Programms für Forschungs- und Innovationstätigkeiten im Verteidigungsbereich, zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2021/522, (EU) 2021/694, (EU) 2021/697 und (EU) 2021/783 sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/696, (EU) 2023/588 und (EU) [EDIP]	COM(2025) 555 final 2025/0555(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 in Bezug auf das Schulprogramm der Europäischen Union für Obst, Gemüse und Milch („EU-Schulprogramm“), sektorale Interventionen, die Schaffung eines Eiweißpflanzensektors, Anforderungen an Hanf, die Möglichkeit von Vermarktungsnormen für Käse, Eiweißpflanzen und Fleisch, die Anwendung zusätzlicher Einfuhrzölle und Vorschriften für die Versorgung in Notsituationen und schweren Krisen	COM(2025) 553 final 2025/0237(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, einschließlich für die Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg), und des Kohäsionsfonds als Teil des in der Verordnung (EU) [...] [NRP] festgelegten Fonds und zur Festlegung von Bedingungen für die Durchführung der Unionsunterstützung für regionale Entwicklung für den Zeitraum von 2028 bis 2034	COM(2025) 552 final 2025/0238(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Instruments „Europa in der Welt“	COM(2025) 551 final 2025/0227(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Programms „AgoraEU“ für den Zeitraum 2028-2034 und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2021/692 und (EU) 2021/818	COM(2025) 550 final 2025/0550(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung des Programms Erasmus+ für den Zeitraum 2028-2034 und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 2021/817 und (EU) 2021/888	COM(2025) 549 final 2025/0222(COD) 16.7.2025

Nr.	Genaue Bezeichnung	Bezugsdokumente
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über das Katastrophenschutzverfahren der Union und die Unterstützung der Union für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen sowie zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU (Katastrophenschutzverfahren der Union)	COM(2025) 548 final 2025/0223(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2028-2034, zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/1679 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2021/1153	COM(2025) 547 final 2025/0221(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung eines Ausgabenverfolgungs- und Leistungsrahmens für den Haushalt sowie anderer horizontaler Vorschriften für die Programme und Tätigkeiten der Union	COM(2025) 545 final 2025/0545(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Einrichtung von „Horizont Europa“, dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, für den Zeitraum 2028-2034 sowie über dessen Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2021/695	COM(2025) 543 final 2025/0543(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Unionsunterstützung im Bereich der inneren Sicherheit für den Zeitraum 2028 bis 2034	COM(2025) 542 final 2025/0542(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Unionsunterstützung für den Schengen-Raum, die integrierte europäische Grenzverwaltung und die gemeinsame Visumpolitik für den Zeitraum 2028 bis 2034	COM(2025) 541 final 2025/0541(COD) 16.7.2025
	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Unionsunterstützung in den Bereichen Asyl, Migration und Integration für den Zeitraum 2028 bis 2034	COM(2025) 540 final 2025/0540(COD) 16.7.2025

Anhang III: Rücknahmen[2]

Nr.	Bezugsdokumente	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme
Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa			
1.	KOM(2011) 827 2011/0391(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Europäischen Union	Hinfällig: Die Kommission hat eine Eignungsprüfung eingeleitet und wird auf der Grundlage der Ergebnisse über das weitere Vorgehen entscheiden.
2.	COM(2015) 586 final 2015/0270(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als zehn Jahren vor und soll im ersten Quartal 2027 durch die Vorschläge zur Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors ersetzt werden.
3.	COM(2018) 147 final 2018/0072(CNS)	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Festlegung von Vorschriften für die Unternehmensbesteuerung einer signifikanten digitalen Präsenz	Das Dossier liegt dem Rat seit mehr als acht Jahren vor (zuletzt 2019 erörtert). Es ist unwahrscheinlich, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens im Rat Unterstützung findet, insbesondere da Steuerfragen Einstimmigkeit erfordern.
4.	COM(2023) 166 final 2023/0085(COD)	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Begründung ausdrücklicher Umweltaussagen und die diesbezügliche Kommunikation (Richtlinie über Umweltaussagen)	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als drei Jahren vor. Der Rat konnte im Juni 2024 keine Einigung über ein Verhandlungsmandat erzielen. Die Bemühungen des Ratsvorsitzes im Jahr 2025, die Beratungen voranzubringen, blieben erfolglos und es ist unwahrscheinlich, dass das Dossier innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens im Rat Unterstützung findet.

[2] Diese Liste enthält anhängige Gesetzgebungsvorschläge, die die Kommission innerhalb der nächsten sechs Monate zurückzunehmen gedenkt.

Nr.	Bezugsdokumente	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme
5.	COM(2023) 360 final 2023/0205(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über einen Rahmen für den Zugang zu Finanzdaten und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010, (EU) Nr. 1095/2010 und (EU) 2022/2554	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als drei Jahren vor. Seit Juni 2025 hat kein Trilog stattgefunden und es ist unwahrscheinlich, dass das Dossier innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens im Rat Unterstützung findet.
6.	COM(2023) 528 final 2023/0320(CNS)	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen sowie zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU	Das Dossier liegt dem Rat seit fast drei Jahren vor, ohne dass Fortschritte erzielt wurden. Es ist unwahrscheinlich, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens im Rat Unterstützung findet, insbesondere da Steuerfragen Einstimmigkeit erfordern.
7.	COM(2023) 532 final 2023/0321(CNS)	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT)	Das Dossier liegt dem Rat seit fast drei Jahren vor, ohne dass Fortschritte erzielt wurden. Es ist unwahrscheinlich, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens im Rat Unterstützung findet, insbesondere da Steuerfragen Einstimmigkeit erfordern.
8.	COM(2023) 533 final 2023/0323(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als drei Jahren vor und ein beträchtlicher Anteil der Mitgliedstaaten lehnt es ab, den Vorschlag weiter zu verfolgen. Es ist daher unwahrscheinlich, dass das Dossier innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens im Rat Unterstützung findet.
Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit			
9.	COM(2021) 753 final 2021/0387(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Maßnahmen gegen Verkehrsunternehmen, die Menschenhandel oder die Schleusung von Migranten im Zusammenhang mit der unerlaubten Einreise in das Gebiet der Europäischen Union erleichtern oder daran beteiligt sind	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als fünf Jahren vor. Es ist unwahrscheinlich, dass innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielt werden kann.

Nr.	Bezugsdokumente	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme
10.	COM(2022) 189 final 2022/0135(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1806 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (Katar, Kuwait)	Hinfällig: Wie in der Strategie für die Visumpolitik angekündigt, wurde für die Befreiung von der Visumpflicht eine neue Methode eingerichtet, und Kuwait und Katar sind unter den ersten Ländern, die diese Methode anwenden. Im Rat wird derzeit über die Methode für die Befreiung dieser Länder von der Visumpflicht beraten.
11.	COM(2022) 650 final 2022/0134(COD)	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (Neufassung)	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als vier Jahren vor und ein Trilog fand zuletzt im November 2023 statt. Elemente der Neufassung könnten zudem in künftige Rechtsvorschriften einfließen und so die Gewinnung von Fachkräften für Innovationen unterstützen. Es ist unwahrscheinlich, dass innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über das Dossier erzielt werden kann.
Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken			
12.	COM(2023) 515 final 2023/0314(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 und der Verordnung (EU) 2018/1724 hinsichtlich der Nutzung des Binnenmarkt-Informationssystems und des einheitlichen digitalen Zugangstors für die Zwecke bestimmter Anforderungen gemäß der Richtlinie (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates über länderübergreifende europäische Vereinigungen (COM(2023)516)	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als drei Jahren vor. Zwar wird auf Ersuchen des Parlaments weiter daran gearbeitet, die Kommission stellt jedoch fest, dass sich mehrere Mitgliedstaaten seit einiger Zeit dagegen aussprechen und dass im Rat auch unter wiederholt wechselndem Vorsitz keine Beratungen dazu stattgefunden haben. Es ist unwahrscheinlich, dass innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielt werden kann.

Nr.	Bezugsdokumente	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme
13.	COM(2023) 516 final 2023/0315(COD)	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über europäische grenzübergreifende Vereine	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit mehr als drei Jahren vor. Es ist unwahrscheinlich, dass innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielt werden kann.
Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren			
14.	COM(2021) 777 final	MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT Ein inklusiveres und besser schützendes Europa: Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität	Der Rat hat seine Arbeit in der Sache bereits eingestellt. Zudem erwägt die Kommission derzeit, eine Richtlinie zur Bekämpfung von Aufstachelung zu Gewalt oder Hass im Internet vorzuschlagen.
15.	COM(2023) 636 final 2023/0462(COD)	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) 2018/1724 hinsichtlich bestimmter in der Richtlinie (EU) XXXX/XXXX festgelegter Anforderungen	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit fast drei Jahren vor. Im Rat wurde bislang kein Kompromisstext erarbeitet, und das Dossier wird zurückgenommen, sofern keine Fortschritte erzielt werden.
16.	COM(2023) 637 final 2023/0463(COD)	Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung harmonisierter Anforderungen im Binnenmarkt an die Transparenz der Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937	Das Dossier liegt den gesetzgebenden Organen seit fast drei Jahren vor. Im Rat wurde bislang kein Kompromisstext erarbeitet, und das Dossier wird zurückgenommen, sofern keine Fortschritte erzielt werden.
Europa in der Welt: unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen			
17.	COM(2025) 494 final	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung — im Namen der Union — des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Republik Ägypten zur Änderung und Ergänzung des Abkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Republik Ägypten zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung der Arabischen Republik Ägypten an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) in Bezug auf „Horizont Europa“	Überflüssig: Ägypten nimmt als assoziiertes Land an „Horizont Europa“ teil.

Nr.	Bezugsdokumente	Bezeichnung	Begründung der Rücknahme
18.	COM(2025) 495 final	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss — im Namen der Union — des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Republik Ägypten zur Änderung und Ergänzung des Abkommens über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Republik Ägypten zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung der Arabischen Republik Ägypten an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) in Bezug auf „Horizont Europa“	Überflüssig: Ägypten nimmt als assoziiertes Land an „Horizont Europa“ teil.

Anhang IV: Geplante Aufhebungen

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Begründung der Aufhebung
1.	Straßenverkehr	Verordnung (EWG) Nr. 3916/90 des Rates vom 21. Dezember 1990 über Maßnahmen bei Krisen auf dem Güterkraftverkehrsmarkt	Wird 2027 im Rahmen des Vereinfachungspakets für den Verkehrssektor aufgehoben.
2.	Landwirtschaft	Verordnung (EWG) Nr. 863/91 der Kommission vom 8. April 1991 über den Sonderverkauf von Interventionsbutter zur Ausfuhr nach der Sowjetunion und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 569/88	Spezifische Regelung für den Sonderverkauf von Interventionsbutter zur Ausfuhr in die Sowjetunion. Die Bestimmungen waren zeitlich begrenzt und sind nicht mehr relevant.
3.	Landwirtschaft	Verordnung (EWG) Nr. 2451/91 der Kommission vom 12. August 1991 über die Lieferung von Butter und Magermilchpulver an Bulgarien	Festlegung von Mengen und Preisen für eine Ausschreibung zur Lieferung von Butter und Magermilchpulver nach Bulgarien im Jahr 1991. Die Bestimmungen waren zeitlich begrenzt und sind nicht mehr relevant.
4.	Landwirtschaft	Verordnung (EWG) Nr. 2535/91 der Kommission vom 22. August 1991 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 863/91 über den Sonderverkauf von Interventionsbutter zur Ausfuhr nach der Sowjetunion und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 569/88	Verlängerung einer spezifischen Regelung für den Sonderverkauf von Interventionsbutter zur Ausfuhr in die Sowjetunion bis zum 31. Oktober 1991 mit Frist für die Einfuhren bis zum 31. Dezember 1991. Die Bestimmungen waren zeitlich begrenzt und sind nicht mehr relevant.
5.	Landwirtschaft	Verordnung (EWG) Nr. 2677/91 der Kommission vom 9. September 1991 zur Festlegung der auf dem Gebiet der ehemalige Deutschen Demokratischen Republik über die normalen Übertragsbestände hinausgehenden Mengen	Festlegung der auf dem Gebiet der ehemalige Deutschen Demokratischen Republik über die normalen Übertragsbestände hinausgehenden Mengen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse für den Zeitraum vom 1. Juli 1990 bis zum 30. Juni 1991. Die Bestimmungen galten für einen bestimmten Zeitraum und sind daher nicht mehr relevant.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Begründung der Aufhebung
6.	Handel	Verordnung (EG) Nr. 3036/94 des Rates vom 8. Dezember 1994 zur Schaffung eines wirtschaftlichen passiven Veredelungsverkehrs für bestimmte Textil- und Bekleidungserzeugnisse, die nach Be- oder Verarbeitung in gewissen Drittländern wieder in die Gemeinschaft eingeführt werden	Schaffung eines wirtschaftlichen passiven Veredelungsverkehrs für Textil- und Bekleidungserzeugnisse, die zur Veredelung ausgeführt und anschließend wiedereingeführt werden. Die passive Veredelung wird inzwischen durch den Zollkodex der Union geregelt.
7.	Handel	Verordnung (EG) Nr. 3017/95 der Kommission vom 20. Dezember 1995 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EG) Nr. 3036/94 des Rates zur Schaffung eines wirtschaftlichen passiven Veredelungsverkehrs für bestimmte Textil- und Bekleidungserzeugnisse, die nach Be- oder Verarbeitung in gewissen Drittländern wieder in die Gemeinschaft eingeführt werden	Einrichtung des Verwaltungsapparats für die Verordnung (EG) Nr. 3036/94, einschließlich vorheriger Bewilligungen, standardisierter Vordrucke, Kontrollen, Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Verwaltung der Höchstmengen. Mit der Aufhebung der zugrunde liegenden Regelung entfällt gemeinhin auch der Zweck solcher Durchführungsbestimmungen.
8.	Interkultureller Dialog	Entscheidung Nr. 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008)	Ausrufung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs (2008) mit Bestimmungen zu Aktivitäten, Koordinierung, Finanzierung und Evaluierung. Der in der Entscheidung Nr. 1983/2006/EG zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008) vorgesehene Durchführungszeitraum und die Frist für die Gesamtbewertung endeten am 31. Dezember 2009, und die Finanzausstattung für die Durchführung war auf den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2008 begrenzt, weshalb diese Entscheidung hinfällig geworden ist.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Begründung der Aufhebung
9.	Landwirtschaft	Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2006 zur Einsetzung einer wissenschaftlichen Expertengruppe für Ursprungsbezeichnungen, geografische Angaben und garantierte traditionelle Spezialitäten (2007/71/EG)	Im Rahmen der Verordnungen (EG) Nr. 509/2006 und (EG) Nr. 510/2006 des Rates wurde mit dem Beschluss 2007/71 der Kommission eine wissenschaftliche Expertengruppe eingesetzt, die die Kommission bei der Beurteilung von Anträgen auf Eintragung von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und garantierten traditionellen Spezialitäten mit Fachwissen unterstützen sollte. Eine solche Gruppe ist in den genannten Rechtsvorschriften jedoch nicht vorgesehen. Zudem wurde die Gruppe, solange die beiden Verordnungen von 2006 in Kraft waren, nur selten und seit Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 gar nicht mehr konsultiert. Es besteht also kein Bedarf mehr für die Gruppe. Der Beschluss ist hinfällig und kann aufgehoben werden.
10.	Kreativität und Innovation	Entscheidung Nr. 1350/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation (2009)	Ausrufung des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation (2009) mit Bestimmungen zu nationalen Koordinatoren, Koordinierungssitzungen auf europäischer Ebene und unterstützenden Aktivitäten. Diese Bestimmungen galten für ein bestimmtes Jahr. Die Finanzierung erfolgte über bestehende Programme und nicht über ein dauerhaftes eigenständiges Programm.
11.	Verkehr	Verordnung (EU) Nr. 176/2011 der Kommission vom 24. Februar 2011 über die vor Einrichtung und Änderung eines funktionalen Luftraumblocks bereitzustellenden Informationen	Die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 176/2011 der Kommission sind hinfällig, da die Notwendigkeit funktionaler Luftraumblöcke mit der Verordnung (EU) 2024/2803 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 zur Verwirklichung des Einheitlichen Europäischen Luftraums entfällt.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Begründung der Aufhebung
12.	Alterung	Beschluss Nr. 940/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2011 über das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012)	Ausrufung des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012). Das Europäische Jahr ist abgeschlossen, und die Kommission hat ihren Bericht über die Umsetzung und die Gesamtbewertung (COM(2014) 562) vorgelegt, woraus sich schließen lässt, dass die mit diesem Ereignis verbundenen Aufgaben hinsichtlich Organisation und Berichterstattung erfüllt wurden.
13.	Bürgerinnen und Bürger	Beschluss Nr. 1093/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger (2013)	Ausrufung des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger (2013). Die Initiative ist beendet und die Kommission hat ihren Bericht über die Durchführung und die Gesamtbewertung vorgelegt (COM(2014) 687). Ihr obliegen daher offenkundig keine weiteren mit diesem Ereignis verbundenen Aufgaben hinsichtlich Organisation und Berichterstattung.
14.	Entwicklung	Beschluss Nr. 472/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über das Europäische Jahr für Entwicklung (2015)	Ausrufung des Europäischen Jahres für Entwicklung (2015) mit Bestimmungen über die entsprechenden Aktivitäten zur Information, Beteiligung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Der festgelegte Zeitraum ist abgelaufen, weshalb davon auszugehen ist, dass das Instrument hinsichtlich seiner Funktion als Informations- und Kommunikationskampagne ausgeschöpft ist.